

EINFÜHRUNG

1. Die deutsche Sozialdemokratie ist seit ihren Anfängen ein wichtiger Teil der europäischen Arbeiterbewegung. „National in der Form – international im Inhalt“, so hatten Karl Marx und Friedrich Engels deren Rolle beschrieben. Schon die frühen Sozialisten sahen sich vor die komplexe Aufgabe gestellt, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erkämpfen sowie länderübergreifend zu einem gemeinsamen Handeln zu gelangen.

Die „Vereinigung freier Völker“ Europas war eine verbindende Forderung in den revolutionären Erhebungen des Jahres 1848, ebenso der Aufruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“. Dieser wurde im 19. Jahrhundert wegweisend für eine universelle, gesellschaftsverändernde Bewegung.

Seit Beginn ihres organisatorischen Bestehens gehörte die Sozialdemokratie der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) an, in deren gleichnamigen Lied es heißt: „L'internationale, sera le genre humain.“ * Schon auf ihrem Kongress 1867 beriet die IAA (1864-1872) den Vorschlag der deutschen Sektion zur

„Herstellung eines europäischen Freistaaten-Bundes“ und forderte schließlich einen „Bund der Völker“. In dieser Tradition standen die späteren Beschlüsse der II. Internationale (1889-1923) nach Abrüstung und internationalen Schiedsgerichten.

Innenpolitisch war die Forderung nach „deutscher Einheit (...) als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates“ im Wahlprogramm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) von 1866 [Dok. 1] lange Zeit einzigartig im Parteienspektrum. August Bebels Vision vom „vereinte(n) Bund der Völker Europas, ja aller Culturvölker der Erde“ in seinem Buch „Die Frau

und der Sozialismus“ [Dok. 2] gehörte zu den Grundüberzeugungen einer ganzen Generation von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten des Kaiserreichs. Wahr ist aber auch: Im Alltag der Partei bestimmten drängende soziale Probleme und fehlende demokratische Rechte die Tagesordnung. Außenpolitik spielte vor dem I. Weltkrieg kaum eine Rolle. Die Äußerungen auf diesem Gebiet blieben oft unbestimmt und dienten vor allem zur Abgrenzung gegenüber einer bürgerlich-konservativen „Politik der nationalen Stärke“ [Dok. 3].

Dann das Jahr 1914: Die SPD stand zwischen Massenprotesten für den Frieden

einerseits und dem Wunsch nach nationaler Integration im Angesicht eines möglichen Krieges andererseits. Kaiser, Reichsregierung und militärische Führung wollten eine europäische Konfliktlösung mit Waffen und wussten dabei ihre Weltmachtabsichten geschickt zu verschleiern. Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten begründete ihr Vorsitzender Hugo Haase im Reichstag mit den Worten: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Va-

terland nicht im Stich.“ Die Internationale zerbrach, und in Deutschland spaltete sich die Partei in Befürworter (MSPD) und Gegner (USPD) der „Burgfriedenspolitik“. Obwohl beide offiziell am traditionellen Internationalismus festhielten, war die MSPD als Preis für innenpolitische Reformen bereit, gemäßigte Kriegszielforderungen zu tolerieren. Die Gegensätze zwischen Mehrheit und Opposition [Dok. 4] spiegelten sich auch in den unterschiedlichen Auffassungen zur „Mitteleuropa-Idee“ wieder. Faktisch war es der rechte Flügel der USPD um Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding, der bereits während des Weltkriegs die außen-



Eine meisterhafte Darstellung des französischen Karikaturisten Honoré Daumiers (1866): Das politische Gleichgewicht in Europa – nur noch gestützt auf Bajonette.

* Die Internationale, das wird die menschliche Gesellschaft sein.

bzw. europapolitischen Konzepte der Partei für die Zwischenkriegszeit entwickelte [Dok. 5].

2. Nach Niederlage, Revolution und Friedensschluss 1918/19 avancierte die SPD, die sich 1922 mit den Resten der USPD wieder vereinigte, in der krisengeschüttelten Weimarer Republik zur tragenden politischen Kraft. Als wichtigstes Instrument zum Erhalt des Friedens und zur wirtschaftlichen Integration Europas galt ihr – trotz nationaler Vorbehalte – der 1919 gegründete und überwiegend europäisch geprägte Völkerbund. Dessen Stärkung und Demokratisierung war auch ein Hauptanliegen der Sozialistischen Arbeiter Internationalen (SAI) (1923-1939). Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 nahm die SPD als erste deutsche Partei die „Bildung der Vereinigten Staaten von Europa“ in ihr Programm auf [Dok. 6]. Sie war darüber hinaus immer wieder bereit, konkrete verständigungspolitische Maßnahmen, wie 1925 die Verträge von Locarno [Dok. 7] und 1929/30 den Briand-Plan [Dok. 9], zu unterstützen – auch unter Zurückstellung parteitaktischer Erwägungen.

Während die bürgerlichen Parteien noch weitgehend in nationalstaatlichen Denktraditionen verhaftet blieben, entwickelte die SPD in den 20er Jahren bereits wesentliche theoretische Grundlagen ihrer späteren Europapolitik [Dok. 8]. Diese basierte auf der Analyse der internationalen Arbeitsteilung als Wesensmerkmal des Kapitalismus und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit zur politischen Gestaltung in Gemeinschaft mit anderen Staaten. Kernpunkte waren eine auf Kriegsverhinderung und Verständigung mit den Nachbarländern ausgerichtete Friedenspolitik, was Forderungen nach einer Teilrevision des Versailler Vertrages durchaus mit einschloss.

Konkrete Vorschläge wie die Schaffung einer Zollunion und die Koordinierung in den Bereichen Handel, Verkehr und Zuwanderung aus dem Jahre 1926 erwiesen sich als äußerst weitsichtig. Erst lange nach dem II. Weltkrieg konnte dies im Rahmen der EGKS-, EWG- und EU-Verträge umgesetzt werden. Politische Mehrheiten gegen nationalistische Vorstellungen gab es in der Weimarer Republik aber nie dauerhaft, und der Faschismus kam 1933 mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien an die Macht.

3. Die Nazis zerstörten zuerst die Demokratie und verwüsteten dann Europa in deutschem Namen. Nach dem SPD-Verbot im Dritten Reich leisteten viele Parteimitglieder Widerstand oder flohen ins Exil.



Die Nazis zerstörten nicht nur Deutschland, sondern verwüsteten ganz Europa. Der Traum eines demokratischen, sozialen und geeinten Europas blieb in der Sozialdemokratie dennoch wach – im Untergrund und im Exil. (Eine vorausschauende Karikatur aus Norwegen – 1939)

Die 30er und frühen 40er Jahre waren aber auch die Zeit, in der verschiedene Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie ihre Konzepte für einen Neuanfang in Europa entwickelten. Der Exilvorstand der SOPADE blieb den Vorstellungen der Weimarer Republik verhaftet und hielt einen wiederbelebten und gestärkten Völkerbund auch weiterhin für das wichtigste Element einer zukünftigen Friedensordnung auf dem Kontinent. Nur durch

ihn könnten auch Großbritannien und die USA an einem europäischen Sicherheitssystem beteiligt werden [Dok. 10]. Dagegen verfochten vor allem die linkssozialistischen Oppositionsgruppen wie Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK), Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) [Dok. 12] und „Neu Beginnen“ entschieden die Europaidee. Erst im Laufe des Krieges näherten sich die unterschiedlichen europapolitischen Vorstellungen an. SOPADE und ISK beschlossen 1943 in der „Union der Deutschen Sozialisten in Großbritannien“ – als Kompromiss ihrer jeweiligen Konzepte – die „Richtlinien für die internationale Politik“ [Dok. 11].

Schon damals stand die Bedeutung einer „deutsch-französischen und deutsch-polnischen Verständigung und Zusammenarbeit“ [Dok. 13] in einem künftigen europäischen Gemeinwesen im Vordergrund. Für die demokratischen Länder Europas gehörte die SPD zu den führenden Repräsentanten jenes anderen Deutschlands, mit denen eine gemeinsame Zukunft gestaltet werden konnte.

4. Die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa unter sozialistischem Vorzeichen war in der 1945 wieder entstandene Sozialdemokratie unumstritten, auch um deutsche Interessen gegenüber alliierten Plänen zu verteidigen [Dok. 14]. Die SPD erkannte grundsätzlich das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarstaaten an und war zum Verzicht auf staatliche Souveränitätsrechte bereit. Allerdings setzte sich der charismatische, vom Widerstand gegen die Nazi-Diktatur geprägte Vorsitzende Kurt Schumacher innerparteilich mit seiner Auffassung durch, ein vereinigtes Gesamt Europa könne nur auf der Grundlage eines wiedervereinigten, gleichberechtigten, selbstbestimmten und sozialistischen Deutschlands entstehen.

Auf dieser Basis lehnte die SPD, die 1947 den „Marshall-Plan“ noch begrüßt hatte [Dok. 15], wegen der Nichterfüllung ihrer deutschlandpolitischen Vorbehalte zunächst 1950 den Beitritt zum Europarat, 1951 zur EGKS – „kapitalistisch, konservativ, klerikal und kartellistisch“, so Schumacher – und 1953 zur EVG [Dok. 16], ab. Die Partei blieb damit innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung (1948 wurde das Mouvement Socialiste pour les Etats-Unis d'Europe – MSEUE – gegründet, 1951 die SI) in der Minderheit. Gleichwohl arbeiteten die SPD-Vertreter wie Carlo Schmid von Anfang an konstruktiv in den Gremien der europäischen Institutionen – Beratende Versammlung des Europarats und der EGKS sowie der Ad-hoc-Versammlung – mit.

Nach dem Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung 1954 öffnete sich die SPD Schritt für Schritt dem existierenden (west-)europäischen Integrationsprozess: Von der Zustimmung zu den EWG- und EURATOM-Verträgen 1957 [Dok. 17] und dem Godesberger Programm 1959 [Dok. 18], der außenpolitischen Grundsatzrede Herbert Wehners 1960 [Dok. 19] bis hin zur Nominierung von Willy Brandt als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1961 führte der Weg zu einem weitgehenden europapolitischen Grundkonsens in Deutschland.

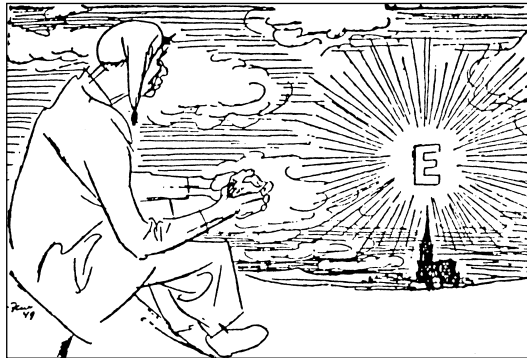
Seit Anfang der 60er Jahre ist die SPD gemeinsam mit ihren Schwester- und Bruderparteien in den anderen Mitgliedstaaten eine prägende Kraft im Prozess des europäischen Zusammenschlusses. Genannt werden

muss hier besonders die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Parteien der EGKS-Staaten und der Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG.

Am Ende der Ära de Gaulle, der als französischer Präsident mit seiner „Politik des leeren Stuhls“ die Gemeinschaft blockiert hatte, und zu Beginn der Ära von Willy Brandt und Helmut Schmidt stand die EG dann auf dem

Gipfeltreffen in Den Haag 1969 vor der Entscheidung „zwischen einem mutigen Schritt nach vorn und einer gefährlichen Krise zu wählen“ [Dok. 20]. Die EG entschied sich für ersteres: Erweiterung, Wirtschafts- und Währungsunion sowie Intensivierung der politischen Zusammenarbeit sollten in den 70er Jahren in Angriff genommen werden.

Verwirklicht wurden die Beitritte von Großbritannien, Irland und Dänemark 1973, die Errichtung des EWS 1978 [Dok. 22] und die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979. Weitere Schritte blieben aus, da vor allem die Ölkrise [Dok. 23] und der Verfall des Dollars den gemeinsamen Willen erlahmen ließen [Dok. 21]. So entstand der Begriff „Eurosklrose“ als Synonym für die



„Nur wer die Sehnsucht kenn...“

Mirco Szweczuk

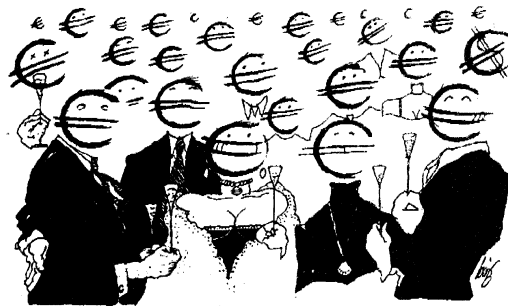
Die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa blieb auch nach 1945 in der Sozialdemokratie unumstritten, wengleich Kurt Schumacher zunächst in der Wiedervereinigung Deutschlands eine Voraussetzung für die europäische Einigung sah.

Krise der EG bis zur Mitte der 80er Jahre. Erst auf Initiative des Europäischen Parlaments und des neuen, sozialistischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors überwand man die Stagnation. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 begann eine Dynamik von Vertragsänderungen zeitgleich mit mehreren Beitrittsrunden [Dok. 24]. Doch nach dem Fall der Mauer eröffnet sich dann 1989 ein völlig neuer Ausgangspunkt des europäischen Zusammenschlusses: West und Ost, eine kontinentale Dimension.

5. An der Schnittstelle dieses Epochenwandels konnte sich die SPD aber europäisch nicht neu positionieren. Das Berliner Programm 1989 [Dok. 25], ergänzt durch die unterschiedlichen Lebenserfahrungen der ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten [Dok. 26], war schon zum Zeitpunkt seiner Beschlussfassung von der Geschichte überholt.

Der EU gelang es jetzt, in immer kürzeren Zeiträumen neue Regierungskonferenzen zur Vertiefung und Erweiterung durchzuführen – Maastricht 1992, Amsterdam 1997, Nizza 2001. Die ökonomische Integration durch Vollendung des Binnenmarktes und die Realisierung der gemeinsamen Währung Euro (01.01.2002) waren Marksteine auf dem Weg zu einer Staatswerdung Europas. Die SPD trug auch in Oppositionszeiten die jeweiligen Vertragswerke – trotz Kritik in Einzelpunkten – aus europäischer Verantwortung mit [Dok. 27]. Sie pochte aber erfolgreich auf mehr Rechte für das Europäische Parlament und die Stärkung der gemeinschaftlichen Politikbereiche. Vertiefung stand mit Erweiterung im Gleichklang: 1995 erfolgte die Aufnahme von Finnland, Schweden und Österreich, 2004 von Estland Lettland,

Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern und zum 01.01.2007 von Bulgarien und Rumänien. Dadurch hat die Gemeinschaft eine andere Gestalt erhalten. Zeitweise konnte eine Mehrheit von sozialdemokratischen Staats- und Regierungschefs das Gesicht der EU prägen: Tony Blair, Lionel Jospin, Viktor Klima, Wim Kok, Alexander Kwasniewski, Paavo Lipponen, Göran Persson, Jorge Sampaio, Konstantinos Simitis. In diese Phase fielen auch ganz neue Herausforderungen wie die Beteiligung am Kosovo-Krieg und der erstmalige Rücktritt einer Kommission sowie eine mutige Innovation: die Einberufung des Konvents zur Grundrechtecharta, dann folgend zum Vertrag über eine Verfassung für Europa [Dok. 28].



Zeichnung: Heinz Birg
Markstein auf dem Weg zu einer Staatswerdung Europas: In der Silvesternacht 2001/2002 feiern 300 Millionen Europäer aus zwölf EU-Mitgliedstaaten die Einführung einer gemeinsamen Währung: Der EURO ist da.

All dies wurde maßgeblich geprägt vom sozialdemokratischen Bundeskanzler Gerhard Schröder, besonders in seinem Amt als EU-Ratsvorsitzender 1999 [Dok. 29]. Heute, in einer Phase christdemokratisch-konservativer Regierungsdominanz, ist Europa konstitutionell in schwere Stürme geraten: nach der

Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages durch die Bürger Frankreichs und der Niederlande bei gleichzeitiger Ratifizierung in 18 von 27 Mitgliedstaaten muss die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 gangbare Wege in und aus der Krise aufzeigen. Zugleich wird innerhalb der EU erstmals grundsätzlich über die Finalität der Integration beraten – wohin und mit wem in Europa [Dok. 30].

Selbstbehauptung Europas heißt politische Gestaltung der Globalisierung: Friedensmacht, Solidargemeinschaft, Wirtschaftskraft – auch durch Interessensausgleich beispielhaft für andere Regionen der Welt.